

# Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Bettina Meier

## Überraschender Regierungswechsel

Überraschungssieg bei den Präsidentschaftswahlen am 8. Januar 2015: Mahinda Rajapaksa, seit zehn Jahren Staatschef von Sri Lanka, gab sich bei vorgezogenen Wahlen seinem früheren Gefolgsmann und unerwarteten Kontrahenten Maithripala Sirisena geschlagen. Ohne Blutvergießen ging damit eine Präsidentschaft zu Ende, die sich durch zeitweise große Popularität, aber auch beispiellose Machtkonzentration und Vetternwirtschaft ausgezeichnet hatte.

Rajapaksa, der 2010 die Verfassung ändern ließ, um sich eine dritte Amtszeit zu sichern, hatte siegesgewiss die Wahl um zwei Jahre vorziehen lassen. Er sah sich als Befreier von Bürgerkrieg und Terror, der die Wirtschaft ankurbelte und seiner singhalesisch-buddhistischen Wählerschaft Stabilität und Frieden gebracht hatte. Von der boomenden Wirtschaft profitierte jedoch vor allem seine Familie, was viele Anhänger Rajapaksas zunehmend verärgerte. Maithripala Sirisena, Mitglied der Regierungspartei SLFP (*Sri Lanka Freedom Party*), Gesundheitsminister und langjähriger politischer Weggefährte Rajapaksas, hatte sich völlig überraschend als Gegenkandidat präsentiert. Seine Botschaft: Korruption und Vetternwirtschaft beenden. Ausschlaggebend für seinen Sieg waren neben den unzufriedenen singhalesischen Wählern der SLFP jedoch die Stimmen der tamilischen und muslimischen Minderheiten, die fast ausschließlich auf Sirisena fielen.

Im Vorfeld der Wahlen war es zu zahlreichen Angriffen auf Regierungsgegner und zivilgesellschaftliche Aktivisten gekommen, der Wahltag selbst verlief jedoch erstaunlich friedlich. Befürchtungen eines Staatsstreiches im Falle der Niederlage bewahrheiteten sich nicht. Am 14. Januar 2015 ernannte Sirisena sein neues Kabinett, dem neben Mitgliedern der UNP (*United National Party*) und anderer Oppositionsparteien auch Mitglieder der SLFP angehören und dessen Vorsitz Sirisena am 16. Januar übernahm.

Sirisenas Agenda ist ambitioniert: Er möchte die demokratischen Institutionen reformieren, die Macht des Präsidentenamtes begrenzen und die Unabhängigkeit der Justiz wiederherstellen. Außerdem versprach er, die Pressefreiheit zu achten und mutmaßliche Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zu verfolgen. Auch mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen will

er – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Rajapaksa – kooperieren. Schließlich kündigte er an, die 13. Verfassungsänderung von 1987 umzusetzen, die – als Teil des *Indo-Sri Lankan Accord* von 1987 – den Provinzräten die Verfügungsgewalt über Polizei und Zuständigkeit für die Landverteilung gibt. Inwieweit die neue Regierung die Verfassungsänderung tatsächlich umsetzt, bleibt abzuwarten. Forderungen der tamilischen Parteien nach einer weitergehenden Autonomie wurden im Regierungsprogramm jedoch ignoriert.

## Papst Franziskus ruft bei Besuch zu Versöhnung und Religionsfreiheit auf

Während seines zweitägigen Besuches in Sri Lanka Anfang Januar 2015 rief Papst Franziskus zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Versöhnung auf. Sieben Prozent der Bevölkerung Sri Lankas sind Katholiken, dazu gehören sowohl Tamilen als auch Singhalesen. Seit dem Ende des Bürgerkrieges wurden Katholiken und Muslime verstärkt zur Zielscheibe von Angriffen radikaler Buddhisten, über die pogromartigen Ausschreitungen gegen Muslime im Jahr 2014 hat SÜDASIEN verschiedentlich berichtet. Unter der Regierung Rajapaksa galten katholische Priester und Bischöfe, die sich für tamilische Kriegsoffer eingesetzt hatten, als Landesverräter. Am Marienwallfahrtsort Madhu, wo die Offensive der sri-lankischen Armee gegen die *Liberation Tigers of Eelam* im Jahr 2008 viele Opfer gefordert hatte, rief Franziskus dazu auf, sich der Verantwortung für geschehenes Unrecht zu stellen und eine gemeinsame Zukunft aufzubauen. Er forderte Religionsfreiheit als fundamentales Menschenrecht. Außerdem sprach er bei einer Messe vor mehr als einer halben Million Gläubigen den Missionar Joseph Vaz, der 1651 zwar in Indien geboren wurde, aber die meiste Zeit in Sri Lanka gelebt hatte, heilig.

## Tamile zum Obersten Richter ernannt

Am 30. Januar 2015 wurde der 62-jährige Kanagasabapathy Sripavan zum Obersten Richter ernannt. Er ist der erste Tamile seit mehr als zwei Jahrzehnten, der dieses Amt innehat. Der letzte tamilische Oberste Richter war Herbert Thambiah, der 1991 zurücktrat. Zuvor hatte Präsident Sirisena die kontroverse Amtsenthebung der früheren Obersten Richterin Shira-

ni Bandaranayke vom Januar 2013, die international scharf kritisiert worden war, annulliert und sie symbolisch wieder eingesetzt. Bandaranayke war wegen eines Urteils, das Eingriffe der Zentralregierung in Zuständigkeiten der Provinzräte als verfassungswidrig kritisierte, vom damaligen Präsidenten Rajapaksa abgesetzt worden.

### Normalisierung in der Nordprovinz

Eine der ersten Amtshandlungen Sirisenas war die Absetzung von Ex-General G. A. Chandrasiri als Gouverneur der tamilisch besiedelten Nordprovinz. Chandrasiri, ein Singhalese, der direkt dem Präsidenten unterstellt war, hatte seine weitreichenden Befugnisse genutzt, um die Militarisierung und Singhalisierung des Nordens Sri Lankas zu verstetigen. Gegenüber der Macht des Gouverneurs ist der Handlungsspielraum des demokratisch gewählten, von der oppositionellen *Tamil National Alliance* dominierten Provinzrates beschränkt. Die Abberufung Chandrasiris gilt als Signal des Entgegenkommens gegenüber den Tamilen. Außerdem hob Sirisena die Reisebeschränkungen für Ausländer in die Nordprovinz auf und kündigte an, Tausende Hektar von zu militärischen Zwecken geeignetem Land seinen tamilischen Besitzern zurückzugeben.

### Nordprovinzrat spricht sich für internationale Untersuchung des Genozids aus

Mitte Februar 2015 verabschiedete der Rat der Nordprovinz eine Erklärung, in der er alle Regierungen der 60-jährigen Geschichte der Republik Sri Lanka des Genozids an den Tamilen beschuldigt. Er bat den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, den Genozid aufzuklären, und den UN-Sicherheitsrat, den Internationalen Strafgerichtshof einzuschalten, denn eine nationale Untersuchung sei unzureichend. Die maximalistische Erklärung scheint wenig angetan, die Kluft zwischen Tamilen und Singhalesen zu überbrücken. Der *Tamil National Alliance*, deren Führer teilweise den neuen Präsidenten Sirisena unterstützen, droht damit eine Zerreißprobe.

### Rajapaksa als Premierminister?

20.000 Rajapaksa-Anhänger versammelten sich am 17. Februar 2015 in Colombo, um diesen aufzufordern, in die Politik zurückzukehren und sich als Premierminister zu positionieren. Rajapaksa, der seit seiner Wahlniederlage die Öffentlichkeit meidet, ließ verlesen, er könne sich den Wünschen seiner Anhän-

ger nicht entziehen. Sollte der neue Präsident Sirisena tatsächlich wie angekündigt die Macht des Präsidentenamtes beschneiden und die des Parlaments stärken, wäre das Amt des Premierministers durchaus attraktiv für Rajapaksa gewesen. Seit dem 9. Januar 2015 bekleidet Ranil Wickremesinghe das Amt des Premierministers.

### Veröffentlichung des Berichts des UN-Menschenrechtsrates verschoben

Der Bericht der UN-Untersuchung über mutmaßliche Kriegsverbrechen, OISL (*Office of the High Commissioner for Human Rights Investigation on Sri Lanka*), soll erst im August 2015 veröffentlicht werden. Der Menschenrechtsrat in Genf, der die Untersuchung im März 2014 (Resolution A/HRC/25/1) beauftragt hatte, kam damit der Bitte der neuen sri-lankischen Regierung nach Aufschub der Veröffentlichung entgegen. Diese möchte zunächst die Bedingungen für die strafrechtliche Verfolgung mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen klären. Auch fürchtet sie, eine frühere Veröffentlichung könnte zu einer politischen Destabilisierung im Vorfeld der für April oder Mai 2015 geplanten Parlamentswahlen führen.

Die neue Regierung Sirisena hat erklärt, mit dem Menschenrechtsrat der UN kooperieren zu wollen. Außenminister Samaraweera kündigte im Februar in einem Schreiben an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad al-Hussein, an, man werde glaubwürdige nationale Mechanismen zur Aufarbeitung und strafrechtlichen Verfolgung möglicher Verbrechen entwickeln. Außerdem stellte er der *United Nations Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances* eine Einladung aus. Diese hatte seit langem um Erlaubnis gebeten, das Land zu besuchen.

Die aus drei internationalen Experten bestehende OISL hat Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen im Zeitraum 2002–2011 untersucht, ohne jedoch selber nach Sri Lanka reisen zu dürfen. Die frühere Regierung unter Präsident Rajapaksa hatte sich geweigert, Visa auszustellen. Obwohl die neue Regierung sehr viel kooperativer auftritt, lehnt auch sie eine internationale strafrechtliche Untersuchung ab.

Im November hatte Zeid Ra'ad al-Hussein die damalige Regierung scharf kritisiert, weil diese die Arbeit der OISL massiv behindere. Ende Oktober waren mehrere lokale Informanten der OISL verhaftet worden, Zeugen von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die vor der OISL aussagen wollten, wurden eingeschüchtert und bedroht.